

## **Anfragen zum Plenum** in der 6. Kalenderwoche

### Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

**Klaus Adelt**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch war die demografische Rendite, die sich aus dem Schülerrückgang ergab, für die kreisfreie Stadt Hof und den Landkreis Hof in den Schuljahren 2010/2011, 2011/2012, 2012/2013 und 2013/2014 bzw. wie hat sich der Schülerrückgang der Jahre 2010/2011, 2011/2012, 2012/2013 und 2013/2014 in der kreisfreien Stadt Hof und im Landkreis Hof gestaltet (bitte nach Schularten getrennt angeben) und wie viele Lehrerinnen und Lehrer unterrichteten in der kreisfreien Stadt Hof und im Landkreis Hof in den Schuljahren 2010/2011, 2011/2012, 2012/2013 und 2013/2014 (bitte nach Schularten getrennt angeben)?

**Hubert Aiwanger**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist im Versorgungsbezirk Landshut die zahlenmäßige Verteilung der Facharztsitze jeweils in der Stadt und im Landkreis Landshut, ist die Staatsregierung auch der Meinung, dass eine höhere Präsenz der Fachärzte in der Fläche wünschenswert wäre und was unternimmt sie um darauf hinzuwirken, dass durch einen anderen Zuschnitt der Versorgungsbezirke (zum Beispiel Stadt und Landkreis jeweils ein eigener Bezirk) die Situation verbessert wird?

**Inge Aures**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch war die demografische Rendite, die sich aus dem Schülerrückgang ergab, für die Landkreise Kulmbach und Wunsiedel und die kreisfreie Stadt Bamberg in den Schuljahren 2010/2011, 2011/2012, 2012/2013 und 2013/2014 bzw. wie hat sich der Schülerrückgang der Jahre 2010/2011, 2011/2012, 2012/2013 und 2013/2014 in den genannten Landkreisen und der kreisfreien Stadt gestaltet (bitte nach Schularten getrennt angeben) und wie viele Lehrerinnen und Lehrer unterrichteten in den genannten Landkreisen und der kreisfreien Stadt in den Schuljahren 2010/2011, 2011/2012, 2012/2013 und 2013/2014 (bitte nach Schularten getrennt angeben)?

**Prof. (Univ. Lima) Dr.  
Peter Bauer**  
(FREIE WÄHLER)

Nachdem ich am 1. Juli 2013 eine Anfrage zum Plenum gestellt habe (Drs. 16/17662), frage ich die Staatsregierung, ob das Verwaltungsverfahren zur Neustrukturierung der Lebertransplantationsprogramme in Bayern mittlerweile abgeschlossen ist, welche Konsequenzen die Staatsregierung aus den eingeholten Stellungnahmen zieht und wie begründet sie substanziell eine eventuelle Schließung des Lebertransplantationszentrums Erlangen?

**Margarete Bause**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie sind die Zuständigkeiten innerhalb der bayerischen Finanzverwaltung hinsichtlich der Bearbeitung einzelner Steuerfälle festgelegt und nach welchen Kriterien - z.B. Höhe des zu versteuernden Einkommens oder Gewinns, Notwendigkeit der Kooperation mehrerer Finanzämter - wird die Bearbeitung der Steuerfälle auf welcher Ebene (Finanzämter, Landesamt für Steuern, Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat und Kooperation mit Bundesbehörden) festgelegt?

**Susann Biedefeld**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch war die demografische Rendite, die sich aus dem Schülerrückgang ergab, für die Stadt und Landkreis Coburg, die Stadt und den Landkreis Lichtenfels und die Stadt und den Landkreis Kronach in den Schuljahren 2010/2011, 2011/2012, 2012/2013 und 2013/2014 bzw. wie hat sich der Schülerrückgang der Jahre 2010/2011, 2011/2012, 2012/2013 und 2013/2014 in den genannten Städten und Landkreisen gestaltet (bitte nach Schularten getrennt angeben) und wie viele Lehrerinnen und Lehrer unterrichteten in den genannten Städten und Landkreisen in den Schuljahren 2010/2011, 2011/2012, 2012/2013 und 2013/2014 (bitte nach Schularten getrennt angeben)?

**Florian von Brunn**  
(SPD)

Zur geplanten Stromtrasse des Netzbetreibers Amprion durch Nordbayern frage ich die Staatsregierung, gab bzw. gibt es von bayerischer Seite Bemühungen, Schutzmaßnahmen für die Bürger (z.B. Abstandsregelungen) gegenüber dem Bund zum Ausdruck zu bringen, will sich die Staatsregierung für eine umweltverträglichere Verkabelung einsetzen und wie werden von der Staatsregierung die gesundheitlichen Auswirkungen der Stromtrasse auf die Menschen eingeschätzt?

**Kerstin Celina**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung in Bezug auf meine Anfrage zum Plenum vom 9. Dezember 2013 (siehe Drs. 17/306), wie sie denkt, die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage in den anderen, verpflichtend vorgeschriebenen Anfangskursen für Studierende der Anglistik im ersten Semester an der Universität Würzburg zu schließen, ob in den Fächern Germanistik, Geschichte und Geographie ebenfalls Lücken zwischen Angebot und Nachfrage der angebotenen Kursplätzen für Erstsemester bestehen und wie die Staatsregierung für die Zukunft dafür Sorge tragen möchte, dass keine AEP1-Tutorien in der Anglistik im Blockunterricht in der vorlesungsfreien Zeit angeboten werden, so dass sich die Studierenden in dieser Zeit wieder Pflichtpraktika und Hausarbeiten widmen können?

**Dr. Sepp Dürr**  
(GRU)

Schriftliche Anfrage, die als Anfrage zum Plenum gestellt wurde (§ 72 Abs. 1 Satz 2 GeschO):

In der Sitzung am 21. Februar 2013 hat der Landtag fraktionsübergreifend die Einsetzung einer Expertenkommission zur Prüfung der möglichen Veröffentlichung von „Mein Kampf“ beschlossen (Drs. 16/15763). Die Zeit zur Umsetzung des Beschlusses drängt: Ende 2015 laufen die Urheberrechte des Freistaats an

den Druckerzeugnissen des Franz-Eher-Verlags ab.

In diesem Zusammenhang frage ich die Staatsregierung:

1. Was im Einzelnen hat die Staatsregierung bisher unternommen?
  - 1.1 Wie viele Experten werden der Kommission voraussichtlich angehören?
  - 1.2 Welche Fachbereiche decken sie ab?
2. Nach welchen Kriterien erfolgt die Auswahl?
  - 2.1 Sind insbesondere die im Beschluss vorgesehenen israelischen Experten schon kontaktiert und ausgewählt worden?
  - 2.2 Welche Fachbereiche vertreten sie?
3. Wann wird der Landtag über die Zusammensetzung der Kommission informiert werden?
  - 3.1 Wann wird die Kommission ihre Tätigkeit aufnehmen können?
  - 3.2 Bis wann soll die Kommission nach den Plänen der Staatsregierung ihren Abschlussbericht vorlegen?
4. Gibt es seitens der Staatsregierung Vorstellungen, wie die Arbeitsweise (Häufigkeit der Sitzungen etc.) der Kommission zu erfolgen hat?
5. Wird die Staatsregierung den Empfehlungen der Kommission folgen?

**Dr. Sepp Dürr**  
(GRU)

Nachdem die Staatsregierung in der Antwort auf meine Schriftliche Anfrage vom 16. Dezember 2013 zum „Münchener Kunstfund: Aufklärung und Konsequenzen“ die Frage nach den Vorteilen eines Kunstrückgaberechts, „ähnlich dem Österreichs, aber mit Einschluss von Regelungen für kommunale und private Sammlungen und des Kunsthandels“, im Vergleich zur bestehenden Rechtslage nur unvollständig beantwortet hat, frage ich die Staatsregierung, ob eine gesetzliche Regelung für die ursprünglichen Eigentümer nicht eine verlässlichere Grundlage bietet als die Washingtoner Erklärung, die nach den Worten des Staatsministers der Justiz, Dr. Winfried Bausback, im Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen ein „soft law“, also eine staatliche Selbstverpflichtung begründet, ob die deutlich größeren Anstrengungen und Erfolge der Österreichischen staatlichen Sammlungen nicht gerade Folge der verbesserten Grundlagen eines solchen Kunstrückgaberechts sind, und ob ein Kunstrückgaberecht, das auch gesetzliche Regelungen für kommunale und private Sammlungen und den Kunsthandel träge, im Unterschied zur bestehenden Rechtslage nicht Verbesserungen bringen könnte?

**Dr. Hans Jürgen Fahn**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, in welchen Städten und Landkreisen (bitte einzeln nennen) wurde die Bayerische Ehrenamtskarte bisher vergeben und mit welcher Begründung beteiligen sich einige bayerische Großstädte wie München oder Ingolstadt nicht und welche Maßnahmen plant die Staatsregierung zur finanziellen Förderung der Bayerischen Ehrenamtskarte, um ein flächendeckendes Angebot sicherzustellen?

**Günther Felbinger**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist die LTE-Abdeckung im Regierungsbezirk Unterfranken (bitte Darstellung nach Landkreisen auflisten), welche weiteren Standorte für LTE-Masten

sind derzeit im Bau oder in den einzelnen Landkreisen geplant und wie hoch wird die LTE-Abdeckung im Regierungsbezirk Unterfranken (bitte Darstellung nach Landkreisen auflisten) nach der Inbetriebnahme aller noch geplanten Standorte sein?

**Markus Ganserer**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, für welche sicherheitsrelevanten Investitionen können an die nichtbundeseigenen Eisenbahnen Bayerns Zuschüsse geleistet werden (siehe Staatshaushalt Kap. 07 07, Tit. 892 07), welche Fördervoraussetzungen sind seitens der nichtbundeseigenen Eisenbahnen zu erfüllen, für welche konkreten Maßnahmen wurden in den vergangenen fünf Jahren Zuschüsse geleistet?

**Prof. Dr. Peter Paul Gantzer**  
(SPD)

Unter Bezugnahme auf den Bericht des Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr vom 2. Dezember 2013 zum barrierefreien Ausbau von Bahnhöfen, in dem der S-Bahnhof Feldkirchen bei München ausdrücklich zum barrierefreien Ausbau vorgesehen ist, frage ich die Staatsregierung, ob mit dem Beginn der entsprechenden Arbeiten in diesem Jahr noch zu rechnen ist, verneinendenfalls, welche Hindernisse entgegenstehen und wann mit dem Beginn und Abschluss der Arbeiten zu rechnen ist?

**Thomas Gehring**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie werden gegenwärtig Tätigkeiten von Lehrkräften, die außerhalb der Unterrichtszeit stattfinden (wie Vor- und Nachbereitung des Unterrichts, Vorbereitung und Korrektur von Klassenarbeiten, Klausuren und ähnlichen Leistungsnachweisen, Konferenzen, Klassenfahrten, Eltern- und Schülergespräche, Beteiligung an Ganztagsbetreuung, Essensausgabe) jeweils bewertet, wie wirken sie sich somit auf die Unterrichtspflichtzeiten der verschiedenen Lehrkräfte aus und wie viele Zeitanteile davon setzen eine Präsenz der Lehrkräfte außerhalb des Unterrichts an der Schule voraus?

**Thorsten Glauber**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, welche Chancen sieht sie für den Einbau von Flüsterasphalt auf der Ostmarkstraße (B 22) in Weiden, beidseitig entlang des Hammerweges bis zur Abbiegung auf die Süd-Ost-Tangente und bis wann könnte diese Maßnahme verwirklicht werden?

**Ulrike Gote**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, ab wann wird in Bayreuth eine Einrichtung für die Erstaufnahme von Flüchtlingen bereitstehen, für wieviele Personen wird sie ausgelegt sein und wie wird die Asylsozialbetreuung sichergestellt?

**Martin Güll**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch war die demografische Rendite, die sich aus dem Schülerrückgang für die Landkreise Dachau und Neuburg-Schrobenhausen in den Schuljahren 2010/2011, 2011/2012, 2012/2013 und 2013/2014 ergab bzw. wie hat sich der Schülerrückgang der Jahre 2010/2011, 2011/2012, 2012/2013 und 2013/2014 in den genannten Landkreisen gestaltet (bitte nach Schularten getrennt angeben) und wie viele Lehrerinnen und Lehrer unterrichteten in den genannten Landkreisen in den Schuljahren 2010/2011, 2011/2012, 2012/2013 und 2013/2014 (bitte nach Schularten getrennt angeben)?

**Volkmar Halbleib**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der aktuelle Stand des Konzepts der für die geplante Umgehungsstraße B 19 im Bereich Giebelstadt, Herchsheim und Euerhausen (Landkreis Würzburg) notwendigen Ausgleichsflächen, wann kann mit einer mit den zuständigen Behörden abgestimmten Lösung gerechnet werden und welche Gründe gibt es, dass eine solche bisher nicht vorgelegt wurde?

**Ludwig Hartmann**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, ist sie weiterhin – wie im Schreiben des damaligen Staatsministeriums des Innern vom 25. September 2008 vermerkt – der Ansicht, dass eine Inhouse-Konstellation auch dann vorliegt, wenn eine Kommune den Strom von ihren als GmbH ohne private Beteiligung geführten Stadtwerken bezieht und damit dem vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) entwickelten Wesentlichkeitskriterium nicht grundsätzlich entgegensteht, da die Tätigkeit der Stadtwerke weiterhin der Kommune zuzurechnen ist und damit eine europaweite Ausschreibung des von den Stadtwerken erzeugten Stroms nicht vonnöten ist, steht diese Aussage im Widerspruch zum Urteil des Oberlandesgerichts Hamburg aus dem Jahre 2010 ([http://wolter-hoppenberg.de/information/news\\_detail.php?id=475](http://wolter-hoppenberg.de/information/news_detail.php?id=475)) und wie haben sich bayerische Kommunen mit eigenen Kommunalunternehmen zuletzt in dieser Fragestellung verhalten?

**Dr. Leopold Herz**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, verzichtet sie auf den Abriss des nicht denkmalgeschützten traditionsreichen Kernbereiches des Kurhaushotels in Bad Kissingen (ehemals „Steigenberger“), wenn die einzigen bisher bekannten Investoren und möglichen Betreiber ihr Investitionsinteresse bzw. Konzept an die Sanierung im Bestand knüpfen und eine Investition nach Abriss bereits jetzt ablehnen und sind der Staatsregierung Investoren oder Hotelbetreiber bekannt, die bei einem Abriss investieren?

**Christine Kamm**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, was ist der Grund dafür, dass jetzt die Abklingbecken der beiden Gundremminger Reaktoren mit 2.177 Spaltelementen im Becken von Block B und mit 2.086 Spaltelementen im Becken von Block C fast voll befüllt sind, wie lange lagern die am längsten in den Abklingbecken befindlichen verbrauchten Spaltelemente bereits dort und welche Risiken ergeben sich aus Sicht der Staatsregierung hierdurch, da die Spaltelemente eigentlich nur drei bis fünf Jahre in den Nasslagern bleiben sollten?

**Annette Karl**  
(SPD)

Nachdem durch den Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Dr. Markus Söder, die Kompetenzen für das Breitbandzentrum auf die Vermessungsbehörden übertragen worden sind, frage ich die Staatsregierung, wie jetzt mit dem Vertrag – welcher mit PwC geschlossen wurde und der nach Auskunft des Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat die nächsten fünf Jahre nicht gekündigt werden kann – und den Mitarbeitern von PwC im Breitbandkompetenzzentrum umgegangen wird?

**Natascha Kohnen**  
(SPD)

Nach den ersten Informationsveranstaltungen in Kulmbach und Nürnberg des Netzbetreibers Amprion GmbH zur geplanten Stromtrasse durch Nordbayern frage ich die Staatsregierung, durch welche Maßnahmen wird sie die Bürgerbeteiligung bei der weiteren Planung der Stromtrasse gewährleisten und steht die Veröffentlichung der Pläne in einem Zusammenhang mit vergangenen oder zukünftigen Wahlen, wenn nein wie erklärt sich die zeitliche Abfolge der Information der Öffentlichkeit?

**Ulrich Leiner**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit wurden bei der grundhaften Erneuerung der Bundesstraße 308 zwischen Bühl am Alpsee und der Alpseebergwelt im letzten Jahr die Anlieger des betroffenen Streckenabschnitts in die Planungen eingebunden, inwieweit wurden die Sicherheitsbelange von Fußgängern und Radfahrern berücksichtigt und wie beurteilt die Staatsregierung die Verkehrssicherheit der zahlreichen Einmündungen auf diesem Streckenabschnitt nach dem Umbau?

**Andreas Lotte**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch waren jeweils die ausgegebenen und bewilligten Mittel für die Wohnraumförderung seit 2000 pro Jahr (absolut und prozentual, aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken, Landkreisen und Kommunen), wie verteilt sich die jährliche Summe der ausgegebenen und bewilligten Mittel in diesem Zeitraum auf verschiedene Trägerarten (kommunale Wohnungsunternehmen, private Wohnungsunternehmen, Genossenschaften und Einzelbauherren, aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken, Landkreisen und Kommunen) und der Bau wie vieler im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus geförderten Wohnungen wurde seit 2000 pro Jahr fertiggestellt bzw. begonnen?

**Jürgen Mistol**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, nach welchen Vorgaben bzw. Tarifen werden die von der Polizei benötigten Übersetzer und Dolmetscher bezahlt, in welchen Fällen findet die gesetzliche Grundlage des Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetzes (JEVG) Anwendung und wie ist die Praxis in anderen Bundesländern?

**Ulrike Müller**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele unbesetzte Arztsitze für Hausärzte gibt es gegenwärtig in Bayern, an welchen Orten liegen diese und welche Planungsbereiche für Hausärzte sind gesperrt?

**Ruth Müller**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch war die demografische Rendite, die sich aus dem Schülerrückgang ergab, für die Landkreise Landshut, Straubing-Bogen und Dingolfing-Landau in den Schuljahren 2010/2011, 2011/2012, 2012/2013 und 2013/2014 bzw. wie hat sich der Schülerrückgang der Jahre 2010/2011, 2011/2012, 2012/2013 und 2013/2014 in den genannten Landkreisen gestaltet (bitte nach Schularten getrennt angeben) und wie viele Lehrerinnen und Lehrer unterrichteten in den genannten Landkreisen in den Schuljahren 2010/2011, 2011/2012, 2012/2013 und 2013/2014 (bitte nach Schularten - inklusive Fachhochschule Landshut – getrennt angeben)?

**Alexander Muthmann**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie sich die Wirtschaftsfördermittel für 2014 auf die einzelnen Regierungsbezirke verteilen (Auflis-

tung nach Gesamtsumme, Vergleich zum Vorjahr und prozentualer Anteil am aktuellen Antragsbestand für Förderungen in den Regierungsbezirken), bis wann diese Mittel den Regierungen zur Verfügung stehen und welche Faktoren maßgeblich für diese Aufteilung waren?

**Thomas Mütze**  
(GRU)

Da sich 38 Unternehmen aus der gesamten Region Aschaffenburg, der ADAC Nordbayern, das Staatliche Bauamt und der bayernhafen Aschaffenburg, mit Firmenlogo und Kommentaren, vor der Abstimmung zum Ausbau der Bundesstraße (B) 26 an diesem Sonntag in Aschaffenburg, an die Bürger in einer fast ganzseitigen Anzeige im „Main-Echo“ zur Verbreiterung der B 26 wandten, wobei die Kosten dieser Anzeige nach meinen Informationen im Auftrag des Leiters des bayernhafen Aschaffenburg vom Unternehmen bayernhafen Aschaffenburg übernommen wurde, frage ich die Staatsregierung, ob es zutrifft, dass die Kosten vom Unternehmen bayernhafen Aschaffenburg übernommen wurden, ob es rechtlich einwandfrei ist, dass ein staatliches Unternehmen die Kosten einer solchen Anzeige für heimische Firmen übernimmt und damit Partei ergreift und wenn nein, welche Konsequenzen ein solches Handeln, insbesondere unter der Maßgabe eines laufenden Bürgerbegehrens, nach sich zieht?

**Verena Osgyan**  
(GRU)

Vor dem Hintergrund von Pressemeldungen, wonach das Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst in einem kürzlich verfassten Schreiben die Praxis der Universität Regensburg, Verwaltungspersonal (Studiengangskoordinatorinnen und -koordinatoren) befristet nach dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) einzustellen, als „rechtsfehlerhaft“ bezeichnet, frage ich die Staatsregierung, wie viele Beschäftigungsverhältnisse an bayerischen Hochschulen von dieser „rechtsfehlerhaften“ Beschäftigungspraxis betroffen waren bzw. sind (aufgeschlüsselt nach Hochschulen, einzelnen Stellen und Befristungsdauer), wie viele dieser befristeten Beschäftigungsverhältnisse in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse überführt werden und weshalb diese „rechtsfehlerhafte“ Beschäftigungspraxis in den jeweiligen Fällen über Jahre hinweg vom zuständigen Staatsministerium nicht beanstandet wurde?

**Kathi Petersen**  
(SPD)

Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte über die Streichungen von Lehrerstellen in Bayern, frage ich die Staatsregierung wie hoch die demografische Rendite war, die sich aus dem Schülerrückgang in den Schuljahren 2011/2012, 2012/2013 und 2013/2014 im Regierungsbezirk Unterfranken ergeben hat, wie viele Lehrkräfte in diesen Schuljahren im Regierungsbezirk Unterfranken unterrichtet haben bzw. unterrichten und wie viele es nach derzeitigem Planungsstand im Schuljahr 2014/2015 sein werden (Antworten bitte nach Schularten und Landkreisen bzw. kreisfreien Städten aufteilen)?

**Hans-Ulrich Pfaffmann**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, der Bau wie vieler Mietwohnungen wurde seit 2003 im Landkreis Starnberg fertiggestellt bzw. genehmigt, wie hoch war die durchschnittliche Quadratmetermiete

pro Jahr im Landkreis und wie hoch war der prozentuale Anteil geförderter Wohnungen an allen Wohnungen im Landkreis pro Jahr seit 2003?

**Doris Rauscher**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch war die demografische Rendite, die sich aus dem Schülerrückgang ergab, für die Landkreise Ebersberg und Erding in den Schuljahren 2010/2011, 2011/2012, 2012/2013 und 2013/2014, wie haben sich die Schülerzahlen in den Jahren 2010/2011, 2011/2012, 2012/2013 und 2013/2014 in den Landkreisen Ebersberg und Erding entwickelt (bitte nach Schularten und Schulstandorten getrennt angeben), und wie viele Lehrerinnen, Lehrer und Referendare mit eigenverantwortlichen Unterricht unterrichteten in den genannten Landkreisen in den Schuljahren 2010/2011, 2011/2012, 2012/2013 und 2013/2014 (bitte nach Schularten und Schulstandorten getrennt angeben)?

**Markus Rinderspacher**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, in welchen konkreten Schritten wurde sie seit 2010 über die Planungen der sogenannten Thüringer Strombrücke informiert, warum hat sie die alleinige Planungshoheit an den Bund und dessen Behörden abgegeben, wieso hat die Staatsregierung „die Schaffung genereller Teilerdverkabelungsmöglichkeiten bei unvermeidbaren Siedlungsannäherungen“ in der 910. Bundesratssitzung vom 7. Juni 2013 und den diesbezüglichen Antrag Niedersachsens abgelehnt?

**Bernhard Roos**  
(SPD)

Im Zusammenhang mit der „Passauer Frühling“ genannten Dreiländermesse in Passau, mit deren Bewachung die Firma C.O.P.S. aus Plauen in Sachsen von der Ausrichterfirma Kinold betraut wurde, frage ich die Staatsregierung, hat sie oder nach ihrer Kenntnis die Landesregierung des Freistaates Sachsen Erkenntnisse über Straftaten im Umfeld der Firma C.O.P.S. mit rechtsradikalem Hintergrund, gibt es hierüber Erkenntnisse der Kriminalpolizei oder des Verfassungsschutzes (ggf. bitte auch Vorstrafen Beschäftigter oder der Geschäftsführer der Firma C.O.P.S. wegen Delikten anderer Art angeben), und was empfiehlt die Staatsregierung der Messeausrichterfirma Kinold für die Zukunft?

**Harry Scheuenstuhl**  
(SPD)

Nachdem im Bundesland Brandenburg mit Strom von Windkraftanlagen sogenanntes Wasserstoffgas erzeugt und in das Erdgasnetz eingespeist wird, frage ich die Staatsregierung, gibt es in Bayern auch Anlagen, in denen Strom in Wasserstoff und Sauerstoff aufgespaltet wird und Wasserstoff in das Erdgasnetz eingespeist wird und wo sind diese Anlagen (bitte die Standorte und Betreiber benennen)?

**Franz Schindler**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, aufgrund welcher Erkenntnisse ist das Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst (StMBW) zu der Einschätzung gelangt, dass die Errichtung des Gymnasiums Lappersdorf nur geringe Auswirkungen auf die Schülerzahlen der benachbarten Gymnasien Nittenau und Burglengenfeld habe und dass auch ein dauerhafter vierzügiger Ausbau in Lappersdorf die genannten Gymnasien im Landkreis Schwandorf nicht wesentlich beeinträchtigen würde und spricht

sich das StMBW für einen dauerhaften dreizügigen oder vierzügigen Schulbetrieb am Gymnasium Lappersdorf aus?

**Gabi Schmidt**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, in welchen bayerischen Staatsministerien gibt es Ansprechpartner für das Thema ehrenamtliches Engagement und wie wurden und werden die in der Vergangenheit vom damaligen Staatssekretär für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen Markus Sackmann bearbeiteten Aufgaben im Bereich Ehrenamt innerhalb des Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration verteilt?

**Helga Schmitt-Bussinger**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wann war der Bundesrat mit dem Zweiten Gesetz über Maßnahmen zur Beschleunigung des Netzausbaus Elektrizitätsnetze (Bundesbedarfsplangesetz) befasst und wie war die Position Bayerns zu diesem?

**Katharina Schulze**  
(GRU)

Vor dem Hintergrund der Berichterstattung über den Fall einer 62-Jährigen Münchenerin, die von der Commerzbank aufgefordert worden ist, ihrem Sohn, einem Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), die Vollmacht für ihr Konto zu entziehen (siehe z.B. Artikel „Kündigungsgrund Sohn“ in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 29. Januar 2014) frage ich die Staatsregierung, ob bayerische Behörden die Commerzbank über die politischen Aktivitäten des Sohnes der Kontoinhaberin informiert haben, wenn ja, welche Behörden und auf welcher Rechtsgrundlage?

**Stefan Schuster**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie begründet es der Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Dr. Markus Söder, dass ein Teilabriss des Quelle-Areals möglich sei, obschon das gesamte Gebäude unter Denkmalschutz steht?

**Tanja Schweiger**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, welche Möglichkeiten sieht sie beim Bahnhof in Sünching, eine – wenn möglich auch barrierefreie – Bahnunterführung am Gleis und nicht mit einem mehrere hundert Meter langen Umweg herzustellen und wie könnten die Förderungen hierzu aussehen, um die jetzige Situation, dass die Fußgänger den Zugang Richtung Regensburg nur über die Gleise erreichen können, zu beheben?

**Gisela Sengl**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, treffen die in der Presse gegebenen Informationen zu, wonach Sportvereinen zukünftig die Schwimm- und Sportanlagen der Polizei unentgeltlich überlassen werden sollen, wenn ja, gelten diese Regeln für die unentgeltliche Nutzung der Schwimmbäder der Bayerischen Polizei auch für die bayerischen Wasserwachten, obwohl diese nicht als eingetragener Verein, sondern als Körperschaft des öffentlichen Rechts organisiert sind, und wenn nein, wie ist die unterschiedliche Behandlung aus Sicht der Staatsregierung zu rechtfertigen?

**Kathrin Sonnenholzner**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse hat sie zur Fixierung des Patienten R. im Isar-Amper-Klinikum Taufkirchen vom 4. Oktober 2011 bis zum 2. Dezember 2011 vor dem Hintergrund der Rechtsauffassung – die sie womöglich teilt –, dass eine gerichtliche Genehmigung der mechanischen Beschränkung nicht

erforderlich sei, und welche ähnlichen Fälle sind der Staatsregierung aus den vergangenen fünf Jahren bekannt?

**Claudia Stamm**  
(GRU)

Ich frage, die Staatsregierung, wie oft kamen Verlustvorträge aus privaten Veräußerungsgeschäften in dreistelliger Millionenhöhe in Bayern vor, ab welcher Höhe des steuerlichen Verlustvortrags wird eine Außenprüfung (Steuerprüfung) veranlasst und in welchem zeitlichen Rhythmus findet eine solche Prüfung in vergleichbaren Fällen statt?

**Rosi Steinberger**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wird sie, nachdem der Bundesrat am 8. November 2013 festgestellt hat, dass die regelmäßige Anwendung von Glyphosat zur Arbeitserleichterung (Druschoptimierung) nicht der guten fachlichen Praxis entspricht, die Anwendung von Glyphosat zur Abreifebeschleunigung auf den Flächen der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft beenden und bei der landwirtschaftlichen Beratung diesen Einsatz von Herbiziden nicht mehr empfehlen?

**Florian Streibl**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, ob es beim Aufbau des Digitalfunkes in Bayern, insbesondere bei der Kostenentwicklung, zu Auffälligkeiten kam und kommt, außerdem, ob eine zu hohe Anzahl an Standorten für das Digitalfunknetz geplant wurde?

**Dr. Simone Strohmayr**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch war die demografische Rendite, die sich aus dem Schülerrückgang ergab, für die Landkreise Augsburg, Aichach-Friedberg, Neu-Ulm und Günzburg in den Schuljahren 2010/2011, 2011/2012, 2012/2013 und 2013/2014 bzw. wie hat sich der Schülerrückgang der Jahre 2010/2011, 2011/2012, 2012/2013 und 2013/2014 in den genannten Landkreisen gestaltet (bitte nach Schularten getrennt angeben) und wie viele Lehrerinnen und Lehrer unterrichteten in den genannten Landkreisen in den Schuljahren 2010/2011, 2011/2012, 2012/2013 und 2013/2014 (bitte nach Schularten getrennt angeben)?

**Martin Stümpfig**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie verhielt sie sich bei der Abstimmung im Bundesrat zum Zweiten Gesetz über Maßnahmen zur Beschleunigung des Netzausbaus Elektrizitätsnetze im Juni 2013, warum schloss sich Bayern den beiden Anträgen des Landes Niedersachsen, die erweiterte Möglichkeiten für den Einsatz von Erdkabeln bei Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung-Leitungen (HGÜ-Leitungen) zum Ziel hatten, sowie der gemeinsamen Erklärung der Länder Niedersachsen, Baden-Württemberg und Brandenburg, die ebenfalls erweiterte Möglichkeiten zur Erdverkabelung forderten, nicht an?

**Dr. Karl Vetter**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie beurteilt sie konkret die Zukunftsperspektiven der einzelnen bayerischen Spielbanken, lehnt die Staatsregierung die Schließung von defizitären Häusern weiterhin ab und falls nicht, welche der Häuser wären am ehesten von einer Schließung betroffen (in abnehmender Reihenfolge)?

**Margit Wild**

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Lehrkräfte mit der Zusatzausbildung Deutsch als Zweitsprache in Bayern vorhanden

(SPD)

sind, aufgeschlüsselt nach Bezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten?

**Isabell Zacharias**

(SPD)

Nachdem der Staatsminister für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, Dr. Ludwig Spaenle, in einer Presseerklärung vom 27. Januar 2014 erklärte: „Zusammen mit zusätzlichen Stellen im Hochschulbereich stehen im Rahmen des Doppelhaushalts 2013/2014 insgesamt für das Bildungs- und Wissenschaftsministerium mehr Stellen zur Verfügung als im Doppelhaushalt 2011/2012“, frage ich die Staatsregierung, an welche Hochschulen, aufgeschlüsselt nach Standorten, sind wie viele Stellen geflossen und welche Hochschulen haben konkret von dem Plus von 300 Stellen profitiert?